

Stellungnahme von Wolfgang Hoss zu "Sozialistische Marktwirtschaft – ein Sozialismus im Zwiespalt. Kritik des von Wolfgang Hoss entwickelten Modells einer sozialistischen Marktwirtschaft" von Guenther Sandleben.

1. Zur Nutzung des Marktes im Sozialismus

Die Kritik von Guenther Sandleben an meinem 2006 erschienenen Buch "Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft" in seinem Artikel "**Sozialistische Marktwirtschaft – ein Sozialismus im Zwiespalt. Kritik des von Wolfgang Hoss entwickelten Modells einer sozialistischen Marktwirtschaft**" (siehe <http://www.wolfgang-hoss.com>, Rubrik Sozialismustheorie) richtet sich in einem der Schwerpunkte gegen die Nutzung des Marktes im Sozialismus. Zu Marxens Lebzeiten gab es die Begriffe Markt- und Planwirtschaft noch nicht, es gab auch keine umfassende Diskussion zur Rolle des Marktes im Sozialismus, und Marx hat diesem Thema keine große Aufmerksamkeit geschenkt. Sein Hauptwerk war eine umfassende Analyse und Kritik des kapitalistischen Systems. Eine Klärung der Rolle des Marktes in der sozialistischen Wirtschaft ist hingegen in unserer Zeit für eine Weiterentwicklung der marxistischen Sozialismustheorie von erstrangiger Bedeutung. Marx hat meines Erachtens die Nutzung des Marktes im Sozialismus nicht verworfen, aber er hat dieses Thema, wie gesagt, nicht gründlich behandelt, so daß unklar geblieben ist, welche Rolle der Markt im Sozialismus spielen soll bzw. muß. Sandleben ist der Ansicht, daß eine Nutzung des Marktes mit der sozialistischen Produktions- und Verteilungsweise prinzipiell unvereinbar ist. Gegen die Nutzung von progressiven Elementen des Marktes im Rahmen einer monetären gesamtwirtschaftlichen Planung in meinem Modell bringt Sandleben folgende Argumente vor:

"Zur Erzielung einer größeren Flexibilität meint Hoss den Regelmechanismus von Angebot und Nachfrage nachbilden zu müssen. Bestehe beispielsweise ein Überangebot an Bremsmotoren und eine Übernachfrage nach Schrittmotoren dann würden im Kapitalismus die Preise für Bremsmotoren und die damit erzielten Profite sinken, was zu einer Einschränkung der Bremsmotorenproduktion führe. Umgekehrt würde wegen steigender Preise und Profite die Schrittmotorenproduktion ausgeweitet. „Abweichungen des Angebots von der Nachfrage stellen Regelabweichungen dar, die in der kapitalistischen Marktwirtschaft im Normalfall selbsttätig ausgeglichen werden.“ (S. 103) Entstehe im sozialistischen Zuteilungssystem ein Überangebot an Bremsmotoren und eine Übernachfrage nach Schrittmotoren, dann dürften die Preise zwar nicht geändert werden, jedoch sei ein rascher Ausgleich durch eine „reichliche Nachfrageanpassungsprämie“ möglich. Das Resultat wäre dann das gleiche wie im kapitalistischen System, „die Produktion der stärkeren Nachfrage wächst, und die Produktion der verringerten Nachfrage geht zurück.“ [Buch S. 104, W.H.] Aber ist die Anpassung der Produktion an den Bedarf nicht etwas Selbstverständliches und funktioniert sie nicht gerade dort vortrefflich, wo zwischen Produktion und Bedarf kein Markt existiert, wie im Bereich der innerbetrieblichen Arbeitsteilung oder des privaten Haushalts. Wenn jemand eine Party gibt, dann wird er seine Vorbereitungen auf den wahrscheinlichen Bedarf ausrichten: Wenn er 10 Gäste erwartet, wird er kaum für 100 kochen. In einem produzierenden Betrieb müssen Tausende Einzelteile zur richtigen Zeit, in der richtigen

Qualität und Menge am richtigen Ort eintreffen, um dort das „produktive Bedürfnis“ der Produzenten zu befriedigen, die solche Teile weiter bearbeiten. Und in aller Regel funktioniert eine solche nicht Marktvermittelte betriebliche Planwirtschaft vorzüglich. Und was sich auf betrieblicher Ebene bewährt, sollte – sofern nicht irgendwelche bürokratischen Bereicherungsinteressen stören – auf volkswirtschaftlicher Ebene nicht weniger reibungslos Bedarf und Produktion miteinander vermitteln, ohne dass ein Marktmechanismus dazwischen geschaltet wird." (S. 11/12 in der Kritik von Sandleben).

Dem letzten Argument im Zitat, daß nämlich eine nicht marktvermittelte Bedarfsdeckung auf volkswirtschaftlicher Ebene nicht weniger reibungslos funktionieren würde als auf betrieblicher Ebene steht zunächst die Erfahrung gegenüber, daß eine solche Planung z.B. in der DDR mit ihren etwa 100 Millionen verschiedenen Erzeugnistypen eben nicht reibungslos funktioniert hat. Es hat sich in der Praxis gezeigt, daß die Marktregulierung in der BRD der zentralstaatlichen Naturalproduktionsplanung in der DDR überlegen war. Die Erfahrung der ungünstigeren Resultate der zentralstaatlichen Naturalproduktionsplanung im Vergleich zu Systemen mit Marktregulierung unter etwa gleichen Ausgangsbedingungen gilt meines Erachtens für die gesamte gegenwärtig erreichte Stufe der Produktionsorganisation und ihrer Möglichkeiten im Weltmaßstab (nicht jedoch unbedingt für alle Zeiten). Jedenfalls wäre gegenwärtig eine weltweite lückenlose Planung der Produktion von mehreren Hundertmillionen Erzeugnistypen und noch sehr viel mehr Einzelteilen und Baugruppen eine organisatorisch nicht zu bewältigende Aufgabe. Bisher wurde eine durchgängige Produktionsplanung ohne Nutzung des Marktes nur in Teilsystemen bis zur einer Größe der heutigen größten Konzernen erreicht, und auch hier zeigen sich mit wachsender Größe der Konzerne zunehmende Schwierigkeiten in der Planung insbesondere mit Hinsicht auf die starke Komplizierung der Entscheidungsfindung. Zum Beispiel die "Welt-AG" DaimlerChrysler ist gerade erst gescheitert, obwohl hier hauptsächlich nur Automobile produziert werden und damit nur eine winzig kleine Zahl von Erzeugnistypen im Vergleich zu den vielleicht 500 Millionen verschiedenen Erzeugnissen der Weltwirtschaft. Ab einer bestimmten Größe der Konzerne schleicht sich Bürokratismus ein, es entsteht ein zu kompliziertes und letztlich schwerfälliges hierarchisches Entscheidungssystem, welches die Initiative der kleinsten Einheiten des Konzerns bzw. der Werk tätigen und kleinen Abteilungsleitern hemmt. Die Zahl der Entscheidungen im einzelnen wird insgesamt so groß, daß die Konzernspitze nicht mehr alle Einzelheiten kennen kann und mit wachsender Größe des Konzerns und zunehmender Komplizierung der Produktion schließlich den Überblick verliert und der "Oberchef" mitunter "fast blind" entscheiden muß. Um so größer der Konzern, um so komplizierter und vielstufiger und damit schwerfälliger der Entscheidungsprozeß. In kleinen Unternehmen hingegen ist die Entscheidungsfindung sehr viel einfacher und Entscheidungen können schneller und kompetenter getroffen werden als in der Hierarchie eines großen Konzerns. Der Chef eines Kleinunternehmens kann sofort entscheiden, er muß nicht Vorgesetzte höheren Ranges in mehreren Ebenen der Hierarchie überzeugen, die sich noch mit einer großen Zahl ganz anderer Angelegenheiten beschäftigen müssen, und die daher mitunter gar nicht kompetent entscheiden können.

Es ist also nicht richtig, daß die Planung in einer modernen Volkswirtschaft in allen Einzelheiten auf dem gegenwärtigen erreichten Niveau der Produktionsorganisation gleichermaßen reibungslos funktionieren kann wie die Planung in einer heutigen nicht zu großen Fabrik. Die Produktionsprozesse einer modernen Volkswirtschaft sind so massenhaft, kompliziert und komplex, daß eine durch-

gängige Produktionsplanung wie in einer einzigen Fabrik gegenwärtig organisatorisch nicht möglich ist. Auch Computersysteme ändern daran nichts wesentliches, denn entscheiden muß der Mensch im Interesse des Menschen. Einer der wesentlichen Unterschiede zum Entscheidungssystem in der urgesellschaftlichen Jagd- und Sammelwirtschaft ist gerade diese ungeheuere Komplexität der Entscheidungsfindung in der heutigen Weltwirtschaft oder in einer großen modernen Volkswirtschaft. Mindestens ein großer Teil der Entscheidungen kann nicht den Computern überlassen werden, denn sie "fühlen" nicht so wie wir, sie können nicht "aus dem Bauch heraus" in unserem Interesse entscheiden, sie können nicht so entscheiden, wie es nach unserem Empfinden am günstigsten für uns ist. Und außerdem gibt es häufig gegensätzliche Interessen einzelner Menschen, Gruppen und Schichten, und für wen sollen sich die Computer automatisch entscheiden? Und wäre es nicht furchtbar für uns, wenn die Roboter und Computer uns alle Arbeit und alle Entscheidungen abnehmen könnten und würden? Meines Erachtens wird die Fähigkeit der Roboter und Computer in dieser Hinsicht zumeist maßlos überschätzt. Roboter und Computer sind Arbeitsmittel des Menschen, die ohne den Menschen nach kurzer Zeit verrotten und von Pflanzen überwuchert werden würden. Selbst die niedrigsten Pflanzen und Bakterien wären den Robotern und Computern ohne den Menschen haushoch überlegen.

Aber auch dann, wenn es heute möglich wäre die weltwirtschaftliche Produktion wie in einer einzigen Fabrik vollständig durchzuplanen, müßte diese "Weltfabrik" Konsumgüter für den Markt produzieren, falls diese den individuellen Konsumenten nicht nach einem Weltplan nach Einkünften einer Weltgemeinschaft zugeteilt werden würden. Die Endprodukte dieser Weltfabrik wären Konsumgüter und die Fabrik müßte die Nachfrage auf dem Markt nach diesen Konsumgütern erforschen und diese Nachfrage wäre Ausgangsposition für die Erstellung eines Weltproduktionsplanes der Weltfabrik. Erst danach könnte nach objektiven technischen Gegebenheiten und technologischen Vorschriften der Produktionsplan für die zur Herstellung der Millionen Konsumgüter benötigten Produktionsmittel und für die zur Produktion der Produktionsmittel benötigten Produktionsmittel erstellt werden (was aber heute, wie gesagt, organisatorisch nicht möglich ist).

Auch durch eine ideale Planung in einer Weltfabrik würde also der Konsumtionsmittelmarkt nicht beseitigt werden, wenn den Konsumenten die Entscheidung überlassen wird, welche Konsumgüter sie kaufen wollen. Im Gegensatz zum Bedarf an Produktionsmitteln gibt es keine objektive Vorschrift durch die z.B. festgelegt wäre, welchen Fisch in welcher Menge jeder individuelle Konsument einholen will. Wenn z.B. nicht mehr die Nachfrage auf dem Markt nach Fernsehgeräten erforscht werden würde, sondern eine bestimmte Menge davon nach zentralstaatlicher Festlegung produziert werden würden, dann dürften auch in einer solchen Planwirtschaft nicht mehr Fernsehgeräte produziert werden, als die Verbraucher haben möchten. Überschüssige Fernsehgeräte über die Nachfrage hinaus müßte der Staat den Verbrauchern aufnötigen, damit sie nicht vernichtet werden müßten. Einerseits müßten Überproduktionen durch staatliche Zwangszuteilungen verhindert werden, und andererseits würden Mangelerscheinungen auftreten, falls nicht nachfragegerecht produziert worden ist. Und was eigentlich soll so furchtbar sein an der Erforschung der Nachfrage nach Konsumgütern auf dem Markt durch die einzelnen Unternehmen, die diese Güter herstellen?

Der Konsumgütermarkt würde also auch dann nicht beseitigt werden, wenn eine durchgängige Naturalproduktionsplanung in einer einzigen Weltfabrik möglich und realisiert wäre, falls keine Zwangsaufteilung der Konsumgüter eingeführt werden würde.

Sandleben spricht von der Mystifizierung des Marktes. Die Frage, was der Markt eigentlich ist, kann ohne Mystifizierung offenbar nur auf Basis einer zutreffenden Definition beantwortet werden. Eine solche Definition ist meines Erachtens die folgende:

Definition:

Der Gütermarkt ist der Ort, an welchem Güter angeboten und nachgefragt werden und Eigentumswechsel der Güter zwischen Anbietern und Nachfrager stattfinden bzw. ausgehandelt werden. Auf dem Markt liegt es in der freien Entscheidung des Nachfragers (Kunden) im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten und seiner Bedürfnisse Güter einzukaufen, die durch andere Eigentümer angeboten werden. Der Nachfrager bzw. Käufer erhält demnach keine Güterzuteilungen (Naturalzuteilungen) nach Entscheidungen der Gemeinschaft oder anderer Personen.

Wenn auf einem Rast- oder Dorfplatz einer urgesellschaftlichen Gemeinschaft Güter der Jagd und des Sammelns vor den versammelten Mitgliedern ausgebreitet und zur Aufteilung angeboten und nach gemeinschaftlichen Übereinkünften zugeteilt werden, dann finden damit zwar Eigentumswechsel statt – gesellschaftliches Eigentum verwandelt sich mit der Zuteilung in individuelles Eigentum – und Keimformen des Marktes haben sich damit bereits herausgebildet, da aber in diesem System keine Güter ge- und verkauft werden, liegt nach der obigen Definition noch kein Markt vor. In einem Naturalienzuteilungssystem gibt es den Markt nicht, bzw. es gibt ihn nur in Keimformen oder in Ausnahmefällen.

Ebenso liegt innerhalb einer Sklavenhalterwirtschaft ein Zuteilungssystem und kein Markt vor, obwohl auch durch eine Zuteilung an einen Sklaven in gewissem Sinne ein Eigentumswechsel stattfindet – Eigentum des Sklavenhalters verwandelt sich in individuelles Eigentum des Sklaven, über das er nach der Zuteilung selbst verfügen kann.

Wenn die Produkte einer Feudalbauernfamilie, abgesehen von den unentgeltlichen Abgaben an den Feudalherrn, nur für den Eigenbedarf produziert wurden und den Familienmitgliedern nach eignen Entscheidungen der Familie zugeteilt werden, dann liegt ebenfalls keine Verteilung nach den Regeln des Marktes vor.

Erst in der Warenwirtschaft, also auch im kapitalistischen System, werden die Produkte für den Austausch produziert und auf dem Markt zum Verkauf angeboten und nach freien Entscheidungen der Käufer dem Markt entnommen.

In einer Geldwirtschaft, in der das Geld eine Ware gleichen Werts ist, z.B. Gold- oder Silbergeld, ist jeder Kauf und Verkauf eines Produkts entweder mit einem Tausch gegen eine Geldware oder mit einem Tausch einer Geldware gegen eine andere Ware identisch. Damit wird im System in jedem Fall Ware gegen Ware getauscht. Wäre der Markt unter allen Umständen der Ort, an welchem Güter wertgleich ausgetauscht werden, entweder ein beliebiges Gut gegen ein Geldgut (z.B. Gold) oder ein

beliebiges Gut gegen ein beliebiges anderes Gut, so wie dies zu Lebzeiten Marxens in der allgemeinen Regel der Fall war, dann müßte unter der Voraussetzung, daß das Geld eine Ware ist, mit der Aufhebung des Warenaustauschs auch das Geld aufgehoben werden, denn jeder Tausch Geld gegen Gut wäre ein Warenaustausch.

Wenn aber in einer höheren Entwicklungsstufe der Geldwirtschaft das Geld keine besondere Ware mehr ist, wenn die Geldeinheit aber als Maßeinheit des Werts genutzt wird, die durch eine bestimmte Arbeitszeitmenge bestimmt ist, und wenn damit ein Geldbetrag einem arbeitszeitbestimmten Wertbetrag und damit eine Wertinformation darstellt, dann stellt ein Tausch Produkt gegen Geld keinen Warenaustausch dar, denn das Geld ist dann ja keine Ware mehr. Es wird dann möglich den Konsumenten Geld völlig unabhängig von den Regeln des Warenaustauschs zuzuteilen. Eine Geldsumme kann zugeteilt werden, ohne daß der Empfänger Produkte gleichen Werts übereignen muß. Und der Geldempfänger in einem Zuteilungssystem kann Produkte gleichen Geldbetrags kaufen, indem er das Geld gegen andere Produkte tauscht, ohne daß er damit Waren gegen Waren getauscht hat. Er tauscht dann Geld (das keine Ware mehr ist) gegen Produkt, aber nicht Produkt gegen Produkt. Wenn die Unternehmen ihre finanziellen Mittel für Produktionsmittelkäufe und Löhne prinzipiell durch Zuteilungen nach einem gesellschaftlichen Plan und nicht durch Einnahmen aus dem Verkauf ihre Produkte erhalten, und wenn sie Produktionsmittel nach freier Entscheidung kaufen, dann tauschen sie ihre Produkte nicht aus. Sie kaufen zwar Produkte und tauschen damit Geld gegen Produkt, aber sie liefern ihre Produkte in einen gesellschaftlichen Fonds und erhalten Zuteilungen unabhängig vom Wert und Verkauf ihrer Produkte. Ein Warenaustausch findet damit nicht mehr statt, die Produkte der Unternehmen werden nicht mehr für den Austausch produziert.

Aber die Produkte solcher sozialistischer Unternehmen werden in einen Gemeinschaftsfonds bzw. in einen Fonds des Volkes geliefert und zum Verkauf angeboten. Die Gesellschaft ist zunächst der Eigentümer der Produkte des Gemeinschaftsfonds und bietet die Produkte zum Verkauf an – die Gesellschaft ist also der Anbieter – und die Konsumenten fragen die Produkte nach und kaufen Produkte nach freier eigener Entscheidung – sie sind die Nachfrager. Und mit jedem Kauf bzw. Verkauf findet ein Eigentumswechsel statt. Volkseigentum wird in individuelles oder genossenschaftliches Eigentum verwandelt, falls die Genossenschaften frei über ihre Produktionsmittel verfügen können. Damit werden die Produkte der Arbeit auf dem Markt angeboten und nachgefragt, obwohl die Produzenten ihre Produkte nicht mehr austauschen bzw. obwohl eine gleichwertige Einnahme von Geldmitteln für die Auslieferung der Produkte des Unternehmens keine Regel mehr, sondern bestenfalls noch eine Ausnahme ist. Der Markt bleibt erhalten, die Geldwirtschaft bleibt erhalten, aber der Warenaustausch und damit die Warenwirtschaft werden aufgehoben. Der Markt erweist sich damit also als eine Institution, die auch ohne Warenwirtschaft existieren kann. Und trotz Aufhebung des Warenaustauschs und damit der Warenproduktion bleibt das Geld erhalten. Und wenn die finanziellen Mittel des Volkswirtschaftsfonds in großen Portionen nach einem volkswirtschaftlichen Plan auf große Unternehmensvereinigungen aufgeteilt werden, und wenn vereinbart wird, daß die sozialistischen Unternehmen das Recht und die Pflicht besitzen die Nachfrage auf dem Markt zu erforschen und ihre Produktion schnellstmöglich an die Nachfrage auf dem Markt anzupassen, dann wird eine überaus vorteilhafte Symbiose zwischen Markt- und Planwirtschaft möglich. Die Rahmenbedingungen der volkswirtschaftlichen Produktion können dann durch den globalen Finanzplan bzw. durch die Geldzuteilungen in großen Portionen an die

Unternehmensvereinigungen einfach und unbürokratisch geplant werden (ohne Vorgaben zu Menge und Sortiment der Erzeugnisse durch den Staat), während die Naturalproduktionsplanung den Unternehmen überlassen werden kann. Aufgabe der sozialistischen Unternehmen ist es dann Produkte für den Markt zu produzieren (aber nicht Produkte für den Austausch) und die Produktionspläne schnellstmöglich an die Nachfrage auf dem Markt anzupassen.

Es liegt keine Mystifikation des Marktes vor, wenn man sachlich feststellt, daß in einer modernen Volkswirtschaft mit ihrer riesigen Zahl an Erzeugnistypen der Bedarf der Bevölkerung und der Unternehmen am besten an Hand der Nachfrage auf dem Markt festgestellt werden kann. Nur wenn eine durchgängige Planung in einer einzigen volkswirtschaftlichen oder weltwirtschaftlichen Fabrik in allen Einzelheiten möglich wäre, könnte der **Produktionsmittel**bedarf zentral festgestellt und ohne Markt planmäßig gedeckt werden. Der **Konsumtionsmittel**bedarf aber müßte auch dann durch Marktforschung ermittelt werden.

Nur dann wenn Milliarden und Abermilliarden Portionen in Naturalform nach Übereinkünften des ganzen Volkes oder einer Weltgemeinschaft in der heutigen Zeit verteilt werden könnten, nur wenn eine solche, mit Sicherheit mit Riesenaufwand verbundene Naturalienzuteilung organisatorisch möglich wäre, wäre es möglich auf den Markt zu verzichten. Und eine solche Forderung hat auch Marx nicht gestellt. Anstelle eines Naturalienzuteilungssystems wie im Urkommunismus hat er eine unentgeltliche Verteilung der Konsumgüter nach den Bedürfnissen vorgeschlagen. Der Riesenaufwand einer Naturalienzuteilung von Milliarden Portionen nach gesamtgesellschaftlichen Übereinkünften entfällt damit in Marxens Modell.

Aber eine sofortige unentgeltliche Verteilung aller Konsumgüter würde in unserer Zeit zu einer Stürmung der Handelsunternehmen bzw. der Verteilungsstellen führen. Nach kurzer Zeit wären an jedem Tag die meisten Güter vergriffen. Wer zu spät kommt, bekäme nichts, darunter auch sehr wichtige Existenzmittel. Eine solche Verteilung wäre für einen Großteil der Bevölkerung eine Katastrophe, auch für viele Menschen in den reichsten Ländern. Wie kann man annehmen, daß der Bedarf der heutigen Milliarden Hungerleider bereits vollständig gedeckt ist? Und selbst dann, wenn alle Erdenbürger Millionäre wären, wäre der Bedarf nicht gesättigt. Zum Beispiel wenn der Bedarf an PKWs weltweit gedeckt wäre, wenn jedes erwachsene Familienmitglied aller Familien der Welt über ein hochwertiges PKW verfügen würde, dann wäre noch lange nicht der Bedarf an Privatflugzeugen, oder an Privathubschraubern, die im Straßenverkehr nicht steckenbleiben können, gedeckt. Wenn jede Vierköpfige Familie über eine Wohnung mit 4 Zimmern verfügen würde, dann wäre der Bedarf an Wochenendhäusern und Villen noch nicht gedeckt usw. Eine unentgeltliche Verteilung aller Güter ist im 21. Jahrhundert ist keine realistische Option.

Ein System mit unentgeltlicher Verteilung ist m.E. eventuell in einer Gesellschaftsordnung möglich, die auf die sozialistische Gesellschaftsordnung folgt, die man kommunistische Gesellschaft nennen kann. In der unmittelbar auf die kapitalistische Ordnung folgenden sozialistischen Ordnung könnten in einem langen historischen Prozeß möglicherweise die Voraussetzungen für eine unentgeltliche Verteilung geschaffen werden, erstens, in dem die schwere körperliche Arbeit mehr und mehr durch Automaten übernommen wird und dadurch der Anteil der hochqualifizierten interessanten und schöpferischen Arbeit zunimmt, so daß die Arbeit sich für die Mehrheit von einer Last in eine Lust,

in ein erstes Lebensbedürfnis wandeln kann, und indem zweitens, der materielle Reichtum sehr viel gleichmäßiger verteilt wird und nicht mehr, wie im Kapitalismus, Hauptmittel für gesellschaftliche Anerkennung ist, und wenn drittens, nach einer Formulierung von Marx, alle Springquellen des Reichtums voller fließen.

An eine solche Verteilungsweise ist aber in einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts nicht zu denken – es geht im 21. Jahrhundert vielmehr, insbesondere auf Grund der Wirkungen des exponentiellen weltwirtschaftlichen Produktionswachstums, ums nackte Überleben der Menschheit. Nicht nur daß in den letzten beiden Jahrzehnten etwa 1 Milliarde Menschen verhungert sind, sondern viel schlimmer noch, das weitere exponentielle Wachstum des produzierten Reichtums bedroht in unserer Zeit die ganze Menschheit mit dem Untergang. (Die Grenzen des Wirtschaftswachstums und des Wachstums des gesellschaftlichen Reichtums und die Wirkungen des übermäßigen Wachstums auf die Naturumwelt waren zu Marxens Lebzeiten noch nicht oder nur zum Teil erkennbar.)

Günther Sandleben ist der Auffassung, daß die Nutzung des Marktes im Sozialismus nach Aufhebung der Warenproduktion eine Unmöglichkeit in der Realität und Zwiespältigkeit in der Theorie darstellt. Sandleben sagt:

"Hoss weiß, dass im Sozialismus die Warenform, das heißt die Wertform der Ware und die private Produktion, worauf sie beruht, beseitigt sind. Er zieht aber nicht die Konsequenz daraus, dass notwendigerweise auch der Markt verschwinden muss. Den engen und notwendigen Zusammenhang von entwickelter Wertform, also Preisform und Markt blendet er aus. Hoss sieht nur die Formbestimmungen der Ware, also die spezifisch historische Seite der privat produzierten Waren, nicht aber die der Warenform entsprechenden Formbestimmungen des Marktes. Beides wird mal mehr mal weniger als etwas Getrenntes angesehen, so dass ihm die Idee kommt, die Ware zu verwerfen nicht aber den Markt. Der Markt tritt als harmloser und ewig notwendiger Vermittler von Produzenten und Konsumenten auf, und scheint die mysteriöse Eigenschaft zu besitzen, Produktion und Bedarf in Einklang zu bringen, so dass dann der Markt auch im Sozialismus einen gesegneten Platz erhalten muss. Der Markt wird als organisierende Macht verdinglicht, zu einem glänzenden Vermittler von Produktion und Konsumtion mystifiziert. ... Der Markt umfasst also ganz ebenso wie die Ware ein besonderes historisches Produktionsverhältnis, und verschwindet in dem Maße, wie die Kategorie der Ware verschwindet, wie also die private Produktion durch eine gesellschaftlich organisierte ersetzt wird." (S.12/13)

Es wäre richtig, daß dann, wenn der Gütermarkt unter allen Umständen ein Warenmarkt wäre, zwangsläufig der Markt verschwinden würde, wenn der Warenaustausch und damit die Warenproduktion aufgehoben werden würden. Aber warum muß der Gütermarkt unter allen Umständen und unter allen Eigentumsverhältnissen ein Warenmarkt sein, warum sollen auf dem Markt nicht auch Güter angeboten und nachgefragt und gekauft und verkauft werden können, die nicht als Privateigentum, sondern als gesellschaftliches Eigentum produziert werden, Güter die in einen gesellschaftlichen Fonds geliefert werden (ähnlich wie im Urkommunismus), und die nach gesellschaftlichen Übereinkünften zunächst durch Geldzuteilungen verteilt werden und damit nicht durch Privatunternehmen ausgetauscht werden? Die Beantwortung der Frage, ob der Markt unvermeidlich beseitigt wird, wenn der Warenaustausch beseitigt wird, oder ob dies nicht unter allen

Umständen der Fall sein muß, hängt davon ab, was man unter einem Gütermarkt versteht bzw. wie der Begriff Gütermarkt definiert ist. Nach der obigen Definition gilt: **Der Gütermarkt ist der Ort, an welchem Güter angeboten und nachgefragt werden und Eigentumswechsel der Güter zwischen Anbietern und Nachfrager stattfinden bzw. ausgehandelt werden. Auf dem Markt liegt es in der freien Entscheidung des Nachfragers (Kunden) im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten und seiner Bedürfnisse Güter zu kaufen, die durch andere Eigentümer angeboten werden.** Wenn erstens, die Konsumenten und Produzenten Geldzuteilungen nach einem gesellschaftlichen Plan erhalten, wenn zweitens, die neu produzierten Güter zunächst in einen Fonds des Volkes als Volkseigentum geliefert werden, und wenn drittens, die Produzenten und Konsumenten nach freier eigener Entscheidung Güter kaufen können, dann werden die Güter durch die Gesellschaft zum Verkauf angeboten und mit dem Verkauf durch die Gesellschaft bzw. mit dem Kauf der Güter durch die Konsumenten und Produzenten findet ein Eigentumswechsel statt, obwohl die Produzenten ihre Produkte nicht austauschen. Die Güter werden in diesem Fall meines Erachtens ganz eindeutig auf dem Markt angeboten und nachgefragt und auf dem Markt gekauft und verkauft, obwohl sie keine Waren mehr sind. Kaufen Konsumenten z.B. in einer Kaufhalle Güter nach ihrer freien Wahl, dann kaufen sie Güter auf dem Markt, unabhängig davon, ob die Güter als Waren, also für den Austausch durch Privatunternehmen, oder direkt als Güter für die Gemeinschaft produziert wurden. Mit einem Übergang zur sozialistischen Produktions- und Verteilungsweise nach meinem Modell einer sozialistischen Markt- und Planwirtschaft würde sich lediglich der Warenmarkt in einen Gütermarkt mit Gütern ohne Warencharakter verwandeln. Es liegt in dieser Hinsicht also kein theoretischer Widerspruch vor.

Sandleben bringt ferner folgende Argumente gegen die Nutzung des Marktes im Sozialismus vor:

"Dass ein Kritiker der Warenform, wie Hoss, dennoch irgendwie am Markt festhalten möchte, ist auf eine Faszination des Marktes zurückzuführen, die selbst kritische Geister immer wieder blendet. Diese Faszination ist aber nichts anderes als Ausdruck eines Fetischs, den der Markt selbst hervorbringt und der stark genug wirkt, um die bekannten schrecklichen Seiten des Marktes, wie die Wirtschafts- und Finanzkrisen, das Elend am Arbeitsmarkt, Pleiten etc. zu verdecken." (S. 13)

Die von Sandleben genannten Seiten schrecklichen "des Marktes", die Wirtschaftskrisen, die Finanzkrisen, das Elend am Arbeitsmarkt und die Pleiten sind keine Eigenschaften des Marktes, sondern Mißstände der kapitalistischen Produktionsweise. Auf mittelalterlichen Märkten, auf denen einfache Warenproduzenten aufeinander trafen, also Produzenten, die keine Lohnarbeiter beschäftigen, sondern ihre Produkte durch die eigene Arbeit der Familie anfertigen, gab es weder große Absatzkrisen, noch ein Elend von Lohnarbeitern auf dem Arbeitsmarkt. Den Arbeitsmarkt gab es unter solchen Produktionsverhältnissen nicht, obwohl es einen Warenmarkt gab. Auch der römische Sklavenmarkt hatte nichts zu tun mit der Ausbeutung von Lohnarbeitern durch Kapitalisten. Wenn in einer hochentwickelten Urgesellschaft Hirtenstämme und Pflanzenbau betreibende Stämme aufeinander trafen und Produkte der Tierhaltung und des Pflanzenbaus zum Tausch anboten, existierte zwar bereits ein Markt, aber auch unter solchen Produktionsverhältnissen gab es die Ausbeutung nicht oder nicht in relevantem Umfang. Günther Sandleben beschreibt im obigen Zitat offenbar nicht Verhältnisse auf dem Markt schlechthin, sondern Verhältnisse auf dem kapitalistischen Markt. Und außerdem werden die genannten gesellschaftlichen Verhältnisse auch

nicht durch den kapitalistischen Markt, sondern durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, also durch bestimmte Eigentumsverhältnisse, die die Menschen im Produktionsprozeß eingehen, hervorgebracht. Die Lohnarbeit ist ein Verhältnis welches die Arbeiter in Produktionssystemen eingehen, und kein Verhältnis, das der Markt erzeugt. Der Gütermarkt ist keine Gesellschaftsordnung, sondern der Ort, an welchem Güter angeboten und nachgefragt werden. Der Gütermarkt ist demnach auch keine Ausbeuterordnung. Auf einem Markt des Mittelalters, auf welchem zum weitaus größten Teil nur einfache Warenproduzenten agieren, treffen keine Produzenten aufeinander, die irgend jemanden ausbeuten können. Es ist also grundfalsch, wenn man den Markt mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gleichsetzt. Nicht Verhältnisse auf dem Markt, sondern Verhältnisse in den Produktionssystemen bestimmen die wirtschaftliche Ordnung.

Wenn allerdings der Kapitalist seine Waren auf dem Markt nicht verkaufen kann, dann steht er vor dem Bankrott. Sein Reichtum hängt wesentlich auch von günstigen Umständen auf dem Markt ab, die er nur sehr schwer oder gar nicht beeinflussen kann. Der Markt erscheint ihm als eine fremde Macht die ihn und sein System beherrscht. Für ihn ist der Markt daher ein Fetisch, ein Götze den man anbeten sollte, um ihn günstig zu stimmen.

Sandleben spricht vom Fetischcharakter des Marktes, Marx hingegen vom Fetischcharakter der Waren. Die Waren als Fetische verschwinden von selbst, wenn die Warenproduktion aufgehoben wird. Ohne Warenproduktion und ohne den Warenmarkt wird sowohl dem Warenfetischismus als auch dem Marktfetischismus die Grundlage entzogen. Wenn im Modell einer sozialistischen Markt- und Planwirtschaft einige Unternehmen dauerhaft weniger Produkte verkaufen können als in den Vorperioden, dann ist dies für sie kein schrecklicher Schicksalsschlag, der bei längerer Dauer in den Bankrott führt. Die sozialistischen Unternehmen erhalten in jeder Situation Geldzuteilungen aus dem Gesamtfonds des Volkes, so daß bei Absatzrückgängen keine Bankrotte und keine Massenarbeitslosigkeit drohen. Die Produktion des Überangebots wird in diesem Fall zurückgefahren, womit Arbeitszeit und Geld freigesetzt wird für die Produktion anderer Erzeugnisse für die eine Übernachfrage besteht. Auch wenn der Umstrukturierungsprozeß kompliziert ist und längere Zeit in Anspruch nimmt, sind die Arbeitsplätze und das Einkommen der Lohnarbeiter im sozialistischen Geldzuteilungssystem gesichert. Die Produktion entsprechend der Nachfrage auf dem Markt verliert alle sozialen Brutalitäten, die im kapitalistischen System möglich sind und immer wieder auftreten, und die sowohl Lohnarbeiter als auch Kapitalisten treffen können.

Sandleben argumentiert ferner:

"Die Faszination [des Marktes, W. H.] speist sich vor allem aus der Erfahrung, die der Geldbesitzende Konsument macht. Er steht inmitten einer ungeheuren Fülle von Waren; der Weltmarkt breitet sich gewissermaßen vor ihm aus. Sein Geld gilt ihm als Repräsentant des gesamten stofflichen Reichtums; jede beliebige Ware kann er kaufen, sofern der Preis für ihn bezahlbar ist. Er besitzt eine grenzenlose Wahlfreiheit. Als Geldbesitzer wird er vom Verkäufer hofiert, genießt dessen Freundlichkeit, auch wenn sie nur so lange dauert, bis der Kauf perfekt ist.

Diese besondere Stellung, die das Geld in der heutigen Warenwelt einnimmt, verzaubert den Markt, läßt ihn in den Augen des Käufers als eine unbedingt erhaltenswerte gesellschaftliche Einrichtung erscheinen. Es ist diese Seite des Marktes, warum sich nicht nur neoliberale Autoren sondern selbst

die besten Köpfe in der sozialistischen Diskussion davor verbeugen und vor aller Ehrfurcht vergessen, auf welchen Voraussetzungen der Markt beruht. „Nachfragebefriedigung ist Grundziel der sozialistischen Produktion (...) der Kunde sollte König in der sozialistischen Marktwirtschaft sein“ (S. 164), schreibt Hoss und denkt natürlich an den Geldbesitzenden Konsumenten, dem der Weltmarkt zu Füßen liegt und der anders als im tristen Staatssozialismus alle möglichen Waren für sein Geld kaufen kann. Nur Warenfülle und Flexibilität der Produktion sind keine Wunderwerke des Marktes, die aufhören zu existieren, sobald der Markt durch eine organisierte Gesellschaft ersetzt worden ist. Die große Vielfalt von Produkten und die bewundernswerte Elastizität heutiger Produktion sind Ergebnis der ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte, die in einer sozialistischen Gesellschaft erhalten und – falls gewollt – beschleunigt fortentwickelt werden. Die Freude des Geldbesitzers, der sich als Kunde wie ein König fühlen mag, trübt sich aber bereits, wenn er an seine eher bescheidenen Geldbeträge denkt, über die er verfügt. Seine Macht über die Warenwelt ist auf den Geldbetrag beschränkt - jenseits davon hört die Freundlichkeit auf. Und diese Schranken sind bei der großen Masse der Bevölkerung unkomfortabel eng bemessen, so dass viele die Verkaufstempel mit ihrer Warenfülle zwar besuchen, ohne sich aber die begehrten Waren leisten zu können. Vielen von ihnen fehlt es am Allernotwendigsten. Man kann häufig beobachten, wie sich Menschen von Abfällen ernähren inmitten des Reichtums, wie sie aus ihren Wohnungen geschmissen werden, weil für sie die Miete unbezahlbar wird, wie die „arbeitenden Armen“ ihre Lebensmittel rationieren müssen, um die Tage vor der nächsten Lohn- oder Gehaltszahlung zu überbrücken. Die anfängliche Verherrlichung des Marktes schlägt vollends in Bitternis um, sobald der Geldbesitzer an die Geldbeschaffung denkt. Hier ist er nur noch ein getretener Knecht, kein König mehr. Seine Arbeit empfindet er als etwas Fremdes, Unangenehmes, als Last, der er sich nur zu gern entledigen würde, wenn er nur könnte. Er muss sich in der Arbeit unterwerfen, muss Diener fremder Herren sein, um an etwas Geld zu kommen. Die eigentlichen Genüsse seines Lebens, die Freude am Spiel seiner produktiven Kräfte, bleiben ihm als Lohnarbeiter verborgen. Der Arbeitsmarkt verfinstert also gänzlich seinen Blick. In Panik gerät er gar, wenn eine Wirtschaftskrise, ein Umstrukturierungsprogramm, irgend eine Sparmaßnahme oder andere Umstände oder Zufälligkeiten ihn arbeitslos machen, wenn er mit seiner Arbeit selbst das bisschen Geld verliert, auf das er als „Kunde König“ sein jämmerliches Königreich gründete. Dass er den Markt selbst jetzt nicht verfluchen mag, dafür sorgen Armeen von Ideologen, die täglich über Massenmedien, über Filme oder in Form „wissenschaftlicher Beiträge“ auf ihn einhämmern, ihm mit viel Autorität aber wenig Inhalt eintrichtern, wie wundervoll eine Marktwirtschaft ist und dass das nur selten anzutreffende Elend eine ganz selbstverschuldete Sache sei, die nichts aber auch rein gar nichts mit dem Markt zu tun habe.“ (S.13/14).

Auch bei der Beschreibung aller Aspekte im obigen Zitat setzt Sandleben offenbar den Markt mit der kapitalistischen Produktionsweise gleich. Aber die ungleiche Aufteilung des produzierten Einkommens zwischen Lohnarbeiter und Kapitalisten, die Aufteilung in Lohn und Profit und die großen Einkommensunterschiede zwischen Millionären und Hungerleidern, ist keine Natureigenschaft des Marktes, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, welches die kapitalistische Produktionsweise hervorgebracht hat. In meinem Sozialismusmodell gibt es weder Kapitalbesitzer noch den Profit oder den Gewinn. Die Einkommen werden durch die Arbeitsleistung bestimmt, und sie werden damit sehr viel gleichmäßiger verteilt als im Kapitalismus. Die Löhne werden nicht durch Profitgier auf Niveaus gedrückt, die teilweise unter dem Existenzminimum liegen. Verfügen aber alle

Arbeiter und Angestellten über ein angemessenes Einkommen, und wurde eine hohe Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft und damit ein hohes Realeinkommen pro Kopf erreicht, und gilt das Prinzip, daß die Unternehmen schnellst- und bestmöglich die Nachfrage der Kunden befriedigen müssen, dann kann sich jeder Arbeiter und Angestellte auf einem reichhaltigen Gütermarkt durchaus als König fühlen.

In meinem Sozialismusmodell werden die Rahmenbedingungen der volkswirtschaftlichen Produktion, der Verteilung des Geldes und der Geldzirkulation durch einen zentralen Plan bestimmt, und es steht in diesem System eine wirkungsvolle Methode zur Gegensteuerung gegen volkswirtschaftliche Überangebote und Übernachfragen und damit zur Vermeidung großer Krisen zur Verfügung (Abschnitt 4.3). Aller Voraussicht nach können, ähnlich wie z.B. in der DDR, große Wirtschaftskrisen in diesem System verhindert werden. Zur Gegensteuerung gegen große Absatzkrisen ist nicht die Abschaffung des Marktes, sondern die Einführung einer neuen Produktions- und Verteilungsweise und einer neuen Methode der Wirtschaftsregulierung erforderlich.

2. Wert- und Preisbildung

Gegen meine Konzeption der Wert- und Preisbildung im Sozialismus bringt Sandleben folgende Argumente vor:

1. "Zu den Konzessionen, die er [Wolfgang Hoss, W.H.] macht, gehören die Wert- und Preisrechnung, die eine Beibehaltung des Geldes beinhaltet, [S. 4 oben W.H.] Müssen die Betriebe überhaupt auf die Preisformel zurückgreifen oder könnten sie nicht stattdessen eine Arbeitszeitformel einsetzen, um damit ihre Produktionsmittelwerte in Arbeitszeiten umzurechnen, so dass dann zusammen mit der neu verausgabten Arbeitszeit eine konsistente Arbeitszeitrechnung möglich wird? Ein solch umgekehrtes Verfahren liegt geradezu auf der Hand. Die Grundformel dafür hat Hoss geliefert. Die Betriebe müssen die Preisformel nur umgekehrt anwenden, sie durch eine einfache Umstellung in eine Arbeitszeitformel verwandeln. Statt $p = C_c + \frac{t_n}{w_G}$ müssten sie rechnen: $A = C_c * w_G + t_n$, wobei dann A die insgesamt aufgewandte Arbeitszeit pro Stück eines Erzeugnistyps ausdrücken würde. Das allgemeine Umrechnungsverhältnis für w_G könnte, wie Hoss es vorsieht, aus der Relation des volkswirtschaftlichen Gesamtarbeitszeitaufwands und dem entsprechenden Neuwert bestimmt werden. Die Fehler, d. h. die Abweichungen zwischen den Produktionsmittelpreisen und den daraus berechneten Arbeitszeiten, die mit einer solchen Umstellung notwendig entstehen, sind insgesamt nicht größer als die entsprechenden Fehler der Wertrechnung, mit dem Unterschied allerdings, dass von vornherein eine klare, einfache Arbeitszeitrechnung vorliegt, mit der die schwerwiegenden Nachteile einer Wertrechnung vermieden werden." (S.5/S.6 der Kritik von Sandleben).

Sandleben ist also der Auffassung, daß die Wert- und Preisrechnung und das Geld im Sozialismus nicht mehr genutzt werden dürfen, bzw. daß deren Beibehaltung zu schwerwiegenden Mängeln führen würde, und daß die Wert- und Preisrechnung durch eine reine Arbeitszeitrechnung ersetzt werden sollte. Ich nehme an, daß er der Meinung ist, daß im Sozialismus die Stückzeit den Preis

ersetzen soll. Zum Beispiel eine Waschmaschine könnte dann 10,5 h und ein Drei-Pfund-Mischbrot 0,03 h kosten. Aber auch in diesem Fall würde die Preisrechnung nicht wirklich aufgehoben werden, sondern der Preis würde statt in Geldeinheiten in Zeiteinheiten angegeben werden. Würden weder Preise im Geldmaß noch im Zeitmaß gebildet werden, dann wäre dies offenbar eine ökonomische Katastrophe. Die Unternehmen und die Käufer würden nicht mehr über den Wert und damit nicht mehr über den Aufwand zur Herstellung des Produkts informiert werden. Ich nehme daher an, daß Sandleben nicht, wie er es oben formuliert hat, die Wert- und Preisrechnung schlechthin für schädlich oder für eine große Bürde hält, sondern die Wert- und Preisangaben in Geldeinheiten. Wenn aber in meinem System die Stückzeit bekannt ist, dann stellt sie den gleichen Preis wie der analoge Preis im Geldmaß dar, nur eben mit einer anderen Maßeinheit. Beträgt die Stückzeit z.B. $t = 10,5 \text{ h/ Stck}$, und hat der Geldwert der Volkswirtschaft den Betrag $w_G = 0,02 \text{ h/ DM}$, dann beträgt der Preis im Zeitmaß $p = 10,5 \text{ h}$ und der Preis im Geldmaß ist $p = \frac{t}{w_G} = 525 \text{ DM/ Stck}$.

Der Preis im Zeitmaß wäre nur ein schlechter Ersatz, er wäre eine Preiskrücke, die nur wegen der Geldamputation gebraucht werden würde. Wert- und Preisangaben im Zeitmaß wären nur ein ungewohntes, zu völlig unnötigen Komplikationen führendes Hilfsmittel der Wertrechnung. Also die Wert- und Preisrechnung würde nicht verschwinden, wenn als Maß der Werte die hierfür unzweckmäßigen Maßeinheiten der Zeit statt der Geldeinheiten benutzt werden würden.

Man könnte aber, wie Sandleben es richtig feststellte, den Preis eines Produkts sofort mit Hilfe der Formel $t = t_c + t_n$ im Zeitmaß berechnen (Sandleben benutzt oben das Symbol A für die insgesamt im Produkt enthaltene Arbeitszeit, die in meinem Symbolbaukasten das Symbol t erhalten hat), denn wenn die Preisformel $Y = C_c + \frac{t_n}{w_G}$ mit dem Geldwert w_G multipliziert wird, dann erhält man

$Y \cdot w_G = C_c \cdot w_G + \frac{t_n}{w_G} \cdot w_G$, und hierin bezeichnet der Ausdruck $Y \cdot w_G = t$ die insgesamt aufgewandte Arbeitszeit und der Ausdruck $C_c \cdot w_G = t_c$ die in den gekauften und verbrauchten Produktionsmitteln enthaltene Arbeitszeit, so daß die Gleichung $Y \cdot w_G = C_c \cdot w_G + \frac{t_n}{w_G} \cdot w_G$

die Form $t = t_c + t_n$ annimmt. Diese letzte Formel $t = t_c + t_n$ entspricht der Arbeitszeitformel $A = C_c \cdot w_G + t_n$ die oben durch Sandleben angegeben wurde, denn es gilt $A=t$, und der Ausdruck $C_c \cdot w_G$ entspricht der Arbeitszeit t_c , die in den verbrauchten und gekauften Produktionsmitteln enthalten ist.

Sandleben stellte richtig fest, daß man mit einer solchen sofortigen Zeitumrechnung nur anfänglich einen relativ großen Fehler in Kauf nehmen würde. Meines Erachtens würde dieser Fehler außerdem bereits innerhalb weniger Jahre sehr klein werden. Dieser anfänglich größere Fehler war überhaupt kein Grund für mich die Preisrechnung in Geldeinheiten zu empfehlen, sondern es war die sehr viel größere Zweckmäßigkeit der Preisbildung im Geldmaß. Die Nichtbenutzung des Geldes in der Wert- und Preisrechnung wäre meines Erachtens kein Vorteil. Wenn der Käufer sich nicht an Hand des Geldpreises, sondern an Hand der verausgabten Arbeitszeit orientieren möchte, dann braucht er doch nur den Geldpreis mit dem Geldsatz (Geldwert) zu multiplizieren. Zum Beispiel beim Preis von $p = 25 \text{ DM/ Stck}$ und beim Geldwert von $w_G = 0,02 \text{ h/ DM}$ steckt im Produkt

die Arbeitszeit $\hat{t} = p \cdot w_G = 25 \text{ DM} / \text{Stck} \cdot 0,02 \text{ h} / \text{DM} = 0,5 \text{ h} / \text{Stck}$. Eine Abschaffung des Geldes wäre also unnötig, man könnte die verausgabte Arbeitszeit kinderleicht in Geld und das Geld in Arbeitszeit umrechnen.

Marx forderte einen Ersatz des Geldes durch Arbeitszeitzertifikate im Sozialismus. Aber die Arbeitszeitzertifikate würden in der Praxis nach kurzer Zeit zu den gewöhnlichen Geldformen zurückführen. Erhält z.B. ein Arbeiter eine "Arbeitszeitbescheinigung" von 120 Stunden für seine Arbeit von 160 Stunden im Monat, dann muß der diese "Arbeitszeit" spätestens beim Einkaufen in kleinere "Arbeitszeitbescheinigungen" wechseln, darunter auch in "Kleingeld", welches bisher in Münzenform herausgegeben wurde. Und es müßten "Arbeitszeitbescheinigungen" im Wert von z.B. ehemaligen 5DM, 10DM, 20DM, 50DM, 100DM usw. angefertigt werden. Außerdem müßten diese "Arbeitszeitbescheinigungen" fälschungssicher gemacht werden, ebenso wie die gewöhnlichen Geldscheine. Andernfalls könnte sich jedermann selbst eine "Arbeitszeitbescheinigung" in beliebigem Betrag ausstellen. Und da es ein schwerer Fehler wäre, wenn man in der ersten Phase der sozialistischen Entwicklung keine kleine und vielleicht teilweise mittlere private Warenproduktion zulassen würde, würde man Geld zur Abwicklung des in diesem Teil erhaltenen Warenaustauschs benötigen, so daß auch die Zirkulationsfunktion des Geldes für diesen Zweck erhalten werden müßte. Die Arbeitszeitzertifikate stellen meines Erachtens eine praxisuntaugliche Form des Geldes dar (eine Idee des utopischen Sozialismus), die unbedingt verworfen werden sollte.

Die ungerechte Verteilung des Reichtums in der kapitalistischen Gesellschaft die heute z.B. zu Multimillionären und Milliardären auf der einen Seite und zu Millionen Hungernden und Verhungerten auf der anderen Seite geführt hat, wird nicht verursacht durch das Geld bzw. durch die allgemeinen Eigenschaften des Geldes, sondern durch die ungleiche und ungerechte Verteilung des Geldes im Kapitalismus. Wenn in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft das Geld gerecht und hinreichend gleichmäßig verteilt wird, was ist dann so schrecklich am Geld als Maß der Werte und als Verteilungsmittel?

Ein weiterer Einwand von Sandleben ist der folgende:

2. "Hoss hatte gehofft, dass sich die Werte der Erzeugnisse mehr und mehr an die entsprechenden Arbeitsmengen anpassen würden. Aber seine eigene Wert- und Kostenrechnung führt zu einem gegenteiligen Resultat. Die sozialistischen „Preise“ weichen deshalb systematisch von den entsprechenden Arbeitszeiten ab. ... Bei Produkten, die mit verhältnismäßig mehr lebendiger Arbeit (im Vergleich zur „toten Arbeit“, die in den Produktionsmitteln bereits enthalten ist) produziert werden, liegen die Preise im Vergleich zur tatsächlich enthaltenen Arbeitszeit zu niedrig, während die Preise der Produkte, die unterdurchschnittlich viel lebendige Arbeit verursachen, zu hoch ausfallen. Durch die Zahlung von Löhnen, Gehältern und Prämien, die analog zur kapitalistischen Kalkulation in die sozialistische Wertrechnung eingehen, vergrößern sich zusätzlich die Abweichungen von Werten und Arbeitszeiten." (S. 9).

Sandleben bemerkt richtig, daß im vorgeschlagenen Kostenpreisbildungssystem die Preise von den arbeitszeitbestimmten Werten abweichen können. In meinem Modell habe ich zwei in gewisser Hinsicht sehr verschiedene Methoden der Preisbildung beschrieben, erstens die direkt arbeits-

zeitbestimmte Preisbildung nach der Formel $p = \hat{C}_c + \frac{\hat{t}_n}{w_G}$, und zweitens, die Kostenpreisbildung

$y = c + v + st$, die zu Preisen führt, die nur im gesellschaftlichen Durchschnitt arbeitszeitbestimmt sind. Ich habe hauptsächlich deshalb beide Methoden beschrieben, weil man meines Erachtens theoretisch nicht entscheiden kann, ob die gänzlich neue Methode $p = \hat{C}_c + \frac{\hat{t}_n}{w_G}$ (durch welche der

Wert und Preis des Produkts direkt durch die Arbeitszeit bestimmt werden könnte) in der Praxis nicht zu einem zu großen Aufwand führen würde. Bedenklich stimmt mich vor allem der wahrscheinlich große Aufwand zur Stückzeitermittlung für Hunderte Millionen Erzeugnistypen, der zur Kostenpreisbildung nicht erforderlich ist. Die Kostenpreisbildung wird also nach meiner Annahme zwar zu gewissen systematischen Abweichungen der Preise von den Werten führen, sie ist aber dafür mit geringerem Aufwand verbunden. Es entsteht eine völlig neue Wert- und Preisbildung im Vergleich zur Wert- und Preisbildung der Warenmärkte. **Erstens**, enthält der Aufschlag auf die betrieblichen Kosten im neuen Preisbildungssystem $y = c + v + st$ bereits keinen Gewinnaufschlag mehr. Ein Gewinnaufschlag wird nicht nur überflüssig, sondern kontraproduktiv. Zweitens, wird der Preis $y = c + v + st$ unabhängig von Angebot und Nachfrage auf dem Markt. Es wird vorgegeben, daß allein die Kosten (betriebliche Kosten und Aufschlag für die öffentlichen Kosten) den Preis bestimmen dürfen, daß als die Preise nicht Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage verändert werden dürfen. Damit wird die Wert- und Preisbildung der Warenwirtschaft vollständig aufgehoben, das Wertgesetz verliert seine Gültigkeit. Und es entsteht eine sichere Preisbildung ohne die extremen Schwankungen der Warenpreise, die z.B. bei Nachfrageausfällen infolge von Naturkatastrophen auftreten können. Eine solche Preisbildung wäre der Preisbildung der Warenmärkte klar überlegen.

Das sozialistische Produkt besitzt demnach keinen Warenwert, der durch den gesellschaftlich durchschnittlich nötigen Aufwand an Arbeitszeit bestimmt ist, sondern nur noch einen individuellen Wert (abgesehen natürlich vom Gebrauchswert), der durch die individuell aufgewandte Arbeitszeit der Produkte verkaufenden Betriebe bestimmt ist.

Aber die Kostenpreisbildung nach meinem Vorschlag führt, wie gesagt, möglicherweise zu recht großen Abweichungen der Preise von den individuellen arbeitszeitbestimmten Werten, bzw. die Kostenpreise sind im Prinzip nur im gesellschaftlichen Durchschnitt arbeitszeitbestimmt. Hier die Begründung:

Da der Geldsatz (Geldwert) durch das Verhältnis der im Jahr in den Produkt verkaufenden Unternehmen verausgabten Arbeitszeit $t_{n_{ges}}$ zum des Nationaleinkommens N_{ges} festgelegt wird, so daß

$w_G = \frac{t_{n_{ges}}}{N_{ges}}$ gilt, wird das Nationaleinkommen nominal und damit der insgesamt in der Volkswirtschaft neu produzierte Wert durch die insgesamt aufgewandte Arbeitszeit bestimmt. Bei konstanter Neuwertrate $n' = \frac{N_{ges}}{Y_{ges}}$ ist damit auch das Gesamtprodukt $Y_{ges} = \frac{t_{n_{ges}}}{n'_{ges} \cdot w_G} = \frac{t_{ges}}{w_G}$ eindeutig arbeitszeitbestimmt. Für das Gesamtprodukt gilt nach der Kostenpreisbildung auch die Be-

ziehung $Y_{\text{ges}} = C_{c_{\text{ges}}} + C_{v_{\text{ges}}} + ST_{\text{ges}}$ und damit auch $Y_{\text{ges}} = C_{K_{\text{ges}}} \cdot (1 + st')$. Für den arbeitszeitbestimmten Wert des Gesamtprodukts gilt damit $Y_{\text{ges}} = \frac{t_{\text{ges}}}{w_G} = C_{c_{\text{ges}}} + C_{v_{\text{ges}}} + ST_{\text{ges}}$ oder

$Y_{\text{ges}} = \frac{t_{\text{ges}}}{w_G} = C_{K_{\text{ges}}} \cdot (1 + st')$. Dividiert man den letzten Term durch die Gesamtarbeitszeit t_{ges} ,

dann erhält man $\frac{Y_{\text{ges}}}{t_{\text{ges}}} = \frac{1}{w_G} = \frac{C_{K_{\text{ges}}}}{t_{\text{ges}}} \cdot (1 + st')$. Hierin bezeichnen $\bar{Y} = \frac{Y_{\text{ges}}}{t_{\text{ges}}}$ den durchschnitt-

lich pro Stunde produzierten Wert und $\bar{C}_K = \frac{C_{K_{\text{ges}}}}{t_{\text{ges}}}$ die durchschnittlich pro Stunde angefallenen

betrieblichen Kosten, so daß auch folgende Beziehung gilt:

$$\bar{Y} = \bar{C}_K \cdot (1 + st')$$

Wenn also die betrieblichen Kosten den volkswirtschaftlichen Durchschnittskosten \bar{C}_K entsprechen, dann wird im Kostenpreisbildungssystem der pro Stunde durchschnittliche Wert, also ein Wert von einer Arbeitstunde produziert. Bei volkswirtschaftlich durchschnittlichen betrieblichen Kosten pro Stück ist der Kostenpreis demnach genau arbeitszeitbestimmt. Die Aufteilung der Gesamtkosten in Produktionsmittelkosten und Lohnkosten spielt keine Rolle. Also für den Fall, daß der Gesamtbetrag der Kosten dem gesellschaftlichen Durchschnitt entspricht, ist der Preis auch im neuen Kostenpreisbildungssystem allein durch die aufgewandte Arbeitszeit bestimmt.

Wenn, wie gesagt, die betrieblichen Kosten vom volkswirtschaftlichen Durchschnitt abweichen, dann ist der Kostenpreis nicht mehr genau arbeitszeitbestimmt, obwohl der Geldwert (Geldsatz) durch den Staat konstant gehalten wird. Der Fehler bzw. die Abweichung vom arbeitszeitbestimmten Preis wird um so größer, um so mehr die betrieblichen Gesamtkosten von den gesellschaftlichen Durchschnittskosten abweichen. Die Kostenpreise $Y_j = C_{K_j} \cdot (1 + st')$ sind also nur im Durchschnitt arbeitszeitbestimmte Preise, und auch nur dann, wenn der Staat den Geldwert konstant hält.

Die folgende Kritik von G. Sandleben halte ich teilweise für berechtigt, in einem anderen Teil allerdings liegt meines Erachtens ein Mißverständnis vor:

"Als kritisch müssen nun selbst die gut gemeinte, angeblich leistungssteigernde Lohn- und Gehaltsdifferenzierung und das Prämiensystem angesehen werden, das Hoss für unerlässlich hält. Ausgewählte Produzentengruppen mit einer starken Lobby können sich in einem solchen System bereichern, ohne dass dies sichtbar wäre. Denn die Wertrechnung würde das überhöhte Gehalt ebenso als einen konstitutiven Bestandteil des Produktwerts erscheinen lassen wie ein niedriges. Einem wechselseitigen Begünstigungssystem wäre Tür und Tor geöffnet. Beispielsweise könnten sich Betriebs- und Kombiatsmanager wechselseitig Gehälter und verschiedene Prämien zuschustern und dabei den Mystizismus der Wertrechnung ins Feld führen, wonach ihr hohes Gehalt auf einer entsprechend hohen wertbildenden Kraft ihrer Tätigkeit beruht. Es wäre nicht ausgeschlossen, dass sich der „Raubzug der Manager“, wie er im heutigen Kapitalismus üblich ist, mit ähnlichen

Argumenten wiederholt. Ein solches Bereicherungssystem schafft natürlich Unzufriedenheit, beleidigt die wirklichen Produzenten, demotiviert sie, hemmt ihre produktive Kraft, kettet sie an ihre Manager, die Unterwürfigkeit, Gehorsam, Ergebenheit mit Leistungsprämien oder mit irgendwelchen „Nasenprämien“ entgelten. Eine Art „feudaler Sozialismus“ könnte gedeihen. Hierarchien, statt abgebaut zu werden, verfestigen sich. Aus der „Assoziation freier Produzenten“, die klassische Sozialisten als Gegensatz zur Lohnsklaverei einst im Auge hatten, wird eine Assoziation unmündiger, abhängiger Produzenten, die ihre Unterwürfigkeit, ihr Sklavenbewusstsein behalten. Warum sollte sich der heutige Lohnarbeiter von seinen Ketten befreien wollen, wenn er statt kapitalistische Fesseln dann staatssozialistische tragen müsste, wenn nur „rote Barone“ an die Stelle kapitalistischer Manager treten würden?" (S. 8 und S. 9)

Wenn Sandleben meint, daß durch die Kostenpreisbildung $y = c + v + st$ unvermeidlich Ausbeutungsverhältnisse der Lohnarbeit aufrecht erhalten werden, dann ist dies für mich unverständlich, denn der Mehrwert und damit das Ausbeutereinkommen fällt nach diesem Wertbildungssystem nicht mehr an. Wenn in einer sozialistischen Wirtschaft leistungsgerechte Löhne gezahlt werden und die ehemaligen Ausbeutereinkommen auf die Arbeiter und Angestellten aufgeteilt werden, dann ist dies ein großer sozialer Fortschritt für die Mehrheit des Volkes und kein schreckliches Schicksal, das die Arbeiter und Angestellten ertragen müssen. Wenn ferner in einem reichen sozialistischen Land das Wachstum der Produktion planmäßig verlangsamt wird um Überlastungen der Umwelt zu verhindern, und wenn damit Arbeitshetze sinnlos wird und daher abgebaut werden kann, wenn ferner die schwere körperliche und geistige Arbeit mehr und mehr durch Automaten übernommen wird und damit der Anteil der hochqualifizierten und der schöpferischen Arbeit wächst, dann stellen sich zusätzliche soziale Fortschritte im Vergleich zum kapitalistischen System ein. Mehr wäre in einer postkapitalistischen Gesellschaft nicht nötig - das Himmelreich auf Erden oder ein Schlaraffenland zu schaffen, ist nicht Aufgabe der sozialistischen Revolution.

In Sandleben's Einwand, daß in einem sozialistischen System nach meinen Vorschlägen die Macht der Manager und ihre Gehälter zu hoch ausfallen würden, sehe ich, wie gesagt, eine berechtigte Sorge. Ein Mißverständnis hingegen liegt meines Erachtens in der Hinsicht vor, daß das vorgeschlagene Wert- und Preisbildungssystem, also die Kostenpreisbildung $Y = C_c + C_v + ST$, die Macht der Manager stärken oder unvermeidlich zu einer überhöhten Macht der Manager führen müßte. Es ist zwar richtig, daß bei dieser Preisbildung höhere Gehälter der Betriebsmanager, ebenso wie höhere Löhne der Arbeiter und Angestellten der Produktionsunternehmen, den Gesamtlohn des Betriebes C_v erhöhen, und damit ist es richtig, daß bei gleichen Produktionsmittelkosten C_c der Kostenpreis infolge von Lohnerhöhungen vergrößert wird. Aber ein höherer Wert und Preis wird im neuen ökonomischen System nicht als Erfolg, sondern als Mißerfolg gewertet, denn um so höher der Wert, um so höher die Kosten und die aufgewandte Arbeitszeit, so daß ein höherer Wert unter sonst gleichen Umständen die Arbeitsproduktivität drückt. Der realisierte nominale Wert Y soll, bei gegebener Menge Y_r der hergestellten Produkte, möglichst klein sein, denn dadurch steigt die Arbeitsproduktivität $I_\varphi = \frac{Y_r}{Y}$ und die Steigerung der Arbeitsproduktivität wird durch Prämien für das Betriebskollektiv, also auch durch höhere Prämien für die Betriebsmanager belohnt. Wurde die produzierte Menge bzw. die Produktion real des Betriebes z.B. von 100 auf $Y_{r1} = 110$ GE gesteigert, und wurden Produktionsmittel im Wert von $C_{c1} = 60$ GE verbraucht, und betrug der

Lohn des Betriebskollektivs einschließlich der Gehälter der Manager in einer Variante A z.B. $C_{v1} = 20$ GE, dann wurde beim Steuersatz $st' = 0,25$ ein nominaler Wert von

$$Y_1 = (C_{c1} + C_{v1}) \cdot (1 + st') = (60 + 20) \cdot 1,25 = 100 \text{ produziert.}$$

Das Betriebskollektiv hat damit die Arbeitsproduktivität um $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1} = \frac{110}{100} = 1,1$, also um 10 %

gesteigert und erhält dafür eine entsprechende Prämie, die am Ende des Jahres ausgezahlt wird. Wenn hingegen in einer Variante B der Lohn höher ausfällt und z.B. $C_{v1} = 30$ GE beträgt, dann steigt der nominale Wert auf $Y_1 = (60 + 30) \cdot 1,25 = 112,5$ und damit sinkt die Arbeitsproduktivität

um $I_{\varphi 1} = \frac{Y_{r1}}{Y_1} = \frac{110}{112,5} = 0,977\bar{7}$ also um $2,22\bar{2}\%$. Also die höhere Wertproduktion $Y_1 = 112,5$ statt

$Y_1 = 100$ senkt die Arbeitsproduktivität, was zunächst als Mißerfolg gewertet wird. Einerseits hat sich in Variante B zwar der Lohn vergrößert, aber andererseits wird dadurch der Lohn in Prämienform gedrückt, weil die Arbeitsproduktivität sinkt. Wenn die Prämie Steigerung der Arbeitsproduktivität hinreichend hoch bemessen ist, dann kann die Erhöhung des Grundlohnes den Lohn einschließlich Prämien und damit den Lohn insgesamt drücken.

Wenn aber die gleiche Menge an Produkten mit weniger Arbeitskräften hergestellt wird, und wenn die Lohnzuteilung mit $C_v = 20$ GE unverändert bleibt (Variante A), dann steigt, bei gleicher Jahresendprämie für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Gesamtlohn pro Arbeitskraft. Das Betriebskollektiv hat damit ein Interesse daran, unnötige Arbeitskräfte nicht einzustellen oder zu entlassen.

Der Betrieb dürfte jedoch im nächsten Jahre für die Beschäftigung von weniger Arbeitskräften nicht "bestraft" werden, was der Fall wäre, wenn, unter sonst gleichen Umständen, die Lohnzuteilung an den Betrieb gekürzt werden würde. Trotz der intensiveren Arbeit würde dann der Lohn pro Arbeitskraft dann eventuell nicht erhöht werden.

Der Grundlohn des Betriebskollektivs wird durch die Gewerkschaften der Unternehmensvereinigung oder der Branche ausgehandelt, er kann also durch das Betriebskollektiv nicht selbst beliebig erhöht werden. Eine bestimmte Lohnzuteilung pro Kopf des Beschäftigten eines Betriebes einer Unternehmensvereinigung VSU wird durch die Gewerkschaft der VSU ausgehandelt, die ihrerseits von der Gesamtlohnzuteilung an die VSU durch den Volkswirtschaftsplan abhängt. Für das Betriebskollektiv ist demnach eine bestimmte Lohnzuteilung pro Arbeitskraft gegeben, und der Zusatzlohn wird bestimmt durch die Prämien, hauptsächlich durch die Prämie "Steigerung der Arbeitsproduktivität".

Übermäßige Gehälter der Betriebsmanager bei gegebenen Lohnzuteilungen insgesamt könnten weitgehend verhindert werden, wenn der sozialistische Betrieb als Genossenschaft konstituiert ist in der das oberste Entscheidungsorgan die Vollversammlung aller Mitglieder ist, und wenn in der Betriebsverfassung festgelegt ist, daß die Manager ihre Gehälter vor dem Betriebskollektiv offenlegen müssen und daß der durchschnittliche Lohn pro Manager durch die Vollversammlung bestätigt werden muß. Ein solches demokratisches Entscheidungssystem wäre das beste Mittel um die Macht und die Gehälter der Betriebsmanager einzuschränken. Die Manager müssen durch die

Genossenschaft Entscheidungskompetenzen in bestimmten Angelegenheiten erhalten, denn die Vollversammlung des Betriebes kann nicht alles entscheiden, was im Produktionsprozeß ständig und in kurzer Frist entschieden werden muß, und diese Entscheidungskompetenzen stellen Machtfunktionen der Manager dar, aber in einem so weit wie möglich demokratischen sozialistischen Entscheidungssystem kann die Macht der Manager hinreichend eingeschränkt werden.

Eine leistungsgerechte Aufteilung der Löhne auf die Arbeiter, Angestellten und Leiter des Betriebes hat meines Erachtens, im Gegensatz zur Behauptung von G. Sandleben, mit der Preisbildung $y = c + v + st$ überhaupt nichts zu tun.

Liegt eine gewisse Kontinuität der planmäßigen Zuteilung des Grundlohns an den Betrieb pro Kopf vor, schwanken also die Zuteilungen des Grundlohns pro Kopf nicht stark von Planjahr zu Planjahr, dann stellt die Hauptmethode zur Steigerung des Gesamtlohns pro Kopf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, insbesondere die Steigerung der produzierten Mengen bei gleichem Grundlohn dar, denn höhere Steigerungen der Arbeitsproduktivität führen zu höheren Prämien für das gesamte Betriebskollektiv.

Ein weiterer Einwand von Sandleben ist der folgende:

3. Problematisch ist zunächst der auf den Kostpreis ($c+v$) erhobene einheitliche „Steuer- und Abgabenaufschlag“. Der Staat selbst erscheint durch diesen Teuerungs-Aufschlag als Wertbildner; denn schließlich erhöht er mit seinem Aufschlag den Wert des Produkts. Dies gilt um so mehr, da in der Kostenrechnung der Unterschied zwischen dem sachlichen und personalen Kostenelement hinsichtlich der Wertschöpfung zugedeckt ist. In Wirklichkeit aber ist der Wert des Produkts die vorausgesetzte Größe, die durch die Höhe der indirekt verausgabten Arbeitszeit (verzehrte Produktionsmittel) und die Menge der in der Produktion neu verausgabten Arbeitsstunden bestimmt wird. Der Staat eignet sich einen Wert nur an, den andere zuvor geschaffen haben. Man beachte hier, dass die Mystifizierung nur dadurch zustande kommt, dass an Prinzipien der kapitalistischen Wertbildung festgehalten wird.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß sowohl durch die direkt arbeitszeitbestimmte Preisbildung mit Hilfe der Formel $p = \hat{C}_c + \frac{\hat{t}_n}{w_G}$ als auch durch die Kostenpreisbildung $y = c + v + st$ die

kapitalistische Wert- und Preisbildung konsequent aufgegeben wird. Der Preis im neuen System hat mit der Preisbildung der Warenmärkte nichts mehr zu tun. Erstens, spielen Angebot und Nachfrage auf dem Markt keine Rolle mehr, zweitens, bestimmt nicht mehr der gesellschaftlich durchschnittlich nötige Arbeitszeitaufwand den Wert des Produkts, sondern die individuell durch die Betriebe aufgewandte Arbeitszeit, und auf Basis dieser Wert- und Preisbildung wird das Gewinnssystem aufgehoben. In diesem Punkt liegt offenbar ein Mißverständnis vor.

Berechtigt finde ich den Hinweis, daß im Kostenpreisbildungssystem der Staat als Wertbildner auftreten könnte. Es wäre dies dann der Fall, wenn in der Geldwertformel $w_G = \frac{t_{n_{ges}}}{N_{ges}}$ die Gesamt-

arbeitszeit $t_{n_{ges}}$ die Summe der Arbeitszeit Unternehmenssektors und des Staatssektors bezeichnen würde. Gemeint ist in meinem Modell aber die Gesamtarbeitszeit des Unternehmenssektors, der als Sektor definiert ist, der seine Produkte verkauft. Nur die Verkaufsprodukte verwandeln sich in Geld, durch die Arbeit des Staatssektors bzw. des öffentlichen Sektors hingegen wird kein Geld reproduziert. Für das Nationaleinkommen in Geldform gilt demnach $N_{ges} = \frac{t_{n_{ges}}}{w_G} = C_v + ST$, und hierin ist $t_{n_{ges}}$ die im Unternehmenssektor neu aufgewandte Arbeitszeit. Also nur die im Unternehmenssektor aufgewandte Arbeitszeit bildet Wert, der in Geld verwandelt wird. Wenn die im Unternehmenssektor aufgewandte Arbeitszeit z.B. $t_{n_{ges}} = 40$ Mrd.h beträgt, dann wird, beim Geldwert von $w_G = 0,02$ h / DM, das Nationaleinkommen

$$N_{ges} = \frac{t_{n_{ges}}}{w_G} = C_v + ST = \frac{40 \text{ Mrd.h}}{0,02 \text{ h / DM}} = 2000 \text{ Mrd.DM} \text{ produziert.}$$

Das Nationaleinkommen kann allerdings in verschiedenen Portionen auf die Löhne des Unternehmenssektors C_v und den Aufschlag für den Staat ST aufgeteilt werden. Wenn der Staat einen Aufschlag von $ST = 1000$ Mrd.DM festlegt, dann verbleiben für Löhne des Unternehmenssektors noch $C_v = 1000$ Mrd.DM. Erhöht der Staat den Aufschlag auf $ST = 1200$ Mrd.DM, dann müssen die Löhne für den Unternehmenssektor auf $ST = 800$ Mrd.DM gekürzt werden. Andernfalls würde der Staat den Geldwert $w_G = 0,02$ h / DM ändern, was nur in Ausnahmefällen berechtigt wäre. Der Staat erhöht also weder das Nationaleinkommen noch den Wert des Gesamtprodukts, wenn er den Aufschlag auf die Kosten des Unternehmenssektor erhöht.

Wenn im öffentlichen Dienst Arbeitszeit eingespart wird, so daß die im Staatssektor insgesamt aufgewandte Arbeitszeit sinkt, dann vergrößert sich, unter sonst gleichen Umständen, die Arbeitszeit des Unternehmenssektors. Dadurch wird ein größeres Nationaleinkommen in Geldform produziert.

Wenn aber der sozialistische Staat nur noch gesellschaftliche notwendige Arbeit verrichtet, dann ist nicht jede beliebige Senkung des Arbeitszeitaufwands des Staates für die Gesellschaft wünschenswert. Dienstleistungen des Staates für den Straßenbau, Deichbau, für Schulen, Krankenhäuser, Feuerwehr, Polizei, Justiz usw. sind gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeiten, die nicht zu sehr zu Gunsten höherer Löhne des Unternehmenssektors eingeschränkt werden sollten.

Die Aufteilung des Nationaleinkommens in Löhne des Unternehmenssektors und für öffentliche Zwecke hängt also nicht von der Kostenpreisbildung $y = c + v + st$ ab, sondern sie wird durch eine politische Entscheidung festgelegt. In einem demokratischen sozialistischen Staat sollte das Volk Mitbestimmungsrechte bei der Aufteilung des Volkseinkommens in Löhne und für öffentliche Zwecke erhalten. Es könnte in der Verfassung festgelegt werden, daß der Volkswirtschaftsplan, darunter der Plan zur Aufteilung des Volkseinkommens in C_v und ST , nur durch einen Volksentscheid in Kraft gesetzt werden kann. Es könnte auch verlangt werden, daß das Durchschnittseinkommen der Staatsfunktionäre im Volkswirtschaftsplan ausgewiesen werden muß, so daß das Volk Einfluß auf die Einkommen der Staatsmanager nehmen könnte, also Einfluß auf die Gehälter seiner Vertreter - der Diener des Volkes. In einem wirklich demokratischen sozialistischen Staat wäre das

Volk die souveräne Gewalt mit oberstem Entscheidungsrecht. Das Volk wäre der Souverän, der seine Vertreter, die Staatsmanager, jederzeit einsetzen und absetzen könnte, so wie das durch Marx in "Der Bürgerkrieg in Frankreich" gefordert wurde. Das Volk wäre nicht mehr Untertan des Staates, der Staat wäre in seiner Hauptfunktion kein Machtorgan der Ausbeuter und Unterdrücker mehr, er wäre Interessenvertreter der Mehrheit, und er wäre damit kein Schmarotzerauswuchs mehr, der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt.

Die Kritik von Guenther Sandleben ("Sozialistische Marktwirtschaft – ein Sozialismus im Zwiespalt. Kritik des von Wolfgang Hoss entwickelten Modells einer sozialistischen Marktwirtschaft") findet sich im Internet unter:

http://www.livepages.de/sh/mediapool/43/431891/data/Rezension_Sandleben_3_8_.pdf